

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

18.5.1928 (No. 116)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 M., einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiser Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unterer Lieferanten, bei der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wofffabrikblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Reichskabinett und Tarifierhöhung

**Verweisung auf den Anleiheweg**  
M. Berlin, 18. Mai (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett beschloß sich am Mittwoch unter Vorsitz des Reichskanzlers mit dem Antrag der Reichsbahn auf Tarifierhöhung. Von Beschlüssen hat das Reichskabinett Abstand genommen, weil die Mehrzahl der Minister durch den Wahlkampf von Berlin ferngehalten worden ist. Es wird jetzt eine schriftliche Antwort an die Reichsbahn erwartet. Inzwischen soll eine Fühlungnahme mit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen erfolgen, da man die Reichsbahn auf den Anleiheweg verweisen will.

In der Sitzung erörterten — wie noch aus Berlin berichtet wird — der Vorsitzende des Verwaltungsrates Dr. von Siemens und der Generaldirektor Dr. Dormüller Bericht über die finanzielle Lage der Reichsbahngesellschaft und erläuterten die einzelnen Punkte der über die Tarifierhöhung verfaßten Denkschrift. An diese Darlegungen schloß sich eine eingehende Aussprache, welche durch eine Besprechung der beteiligten Reichsressorts ihre Ergänzung finden soll. Eine Antwort der Reichsregierung auf den Antrag der Reichsbahngesellschaft wird nach Abschluß dieser Beratungen in kurzer Frist erteilt werden.  
Weiter wird berichtet, daß die zuständigen Stellen, die die Denkschrift der Reichsbahn beraten sollen, das Reichsverkehrs-, das Reichsfinanz- und das Reichswirtschaftsministerium. An Vertreter der Reichsbahn werden an diesen internen Besprechungen der Reichsregierung nicht beteiligt sein. Man nimmt an, daß die Ressortberatungen etwa bis Mitte nächster Woche dauern werden, so daß das Reichskabinett sich erneut mit dieser Frage beschäftigen kann, wenn nach dem Abschluß des Wahlkampfes die Minister wieder vollständig in Berlin anwesend sind.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn tagte vom 14. bis 16. Mai in Berlin. Es wurde die Ausschüttung einer 7prozentigen Dividende auf die Vorzugsaktien Serie A beschlossen. Sodann wurde die Tagung unterbrochen. Sie soll fortgesetzt werden, sobald die Antwort der Reichsregierung auf den Tarifierhöhungsantrag vorliegt.

### Schwere Wahlauschreitungen

Mittwochabend ist es in Hamburg zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Angehörigen des Reichsbanners und Kommunisten gekommen. Eine Anzahl Reichsbannerleute befanden sich in einem Restaurant „Zum Felsenkeller“ in der Vogelweide, als nach 18 Uhr mehrere Propagandawagen der K.P.D. in die Straße einbogen. Im Augenblick entstand eine wilde Schieerei, die eine Reihe Opfer forderte. Der im Lokal sitzende Heinrich Tiedemann wurde durch Kopfschuß getötet. Mehrere andere Personen wurden gleichfalls durch Schüsse schwer verletzt.

Nachts gegen 1 1/2 Uhr wurden in Hamburg an der Ecke Bundesstraße und Hohe Weide zwei Männer, ein Telegrafenanarbeiter und ein Schlosser, mit einem Weinschuß und einem schweren Kopfschuß auf dem Straßenpflaster aufgefunden. Der eine, Reichsbannermann Heiborn, ist inzwischen im Krankenhaus gestorben. Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet, sollen nach den bisherigen Ermittlungen als Täter Nationalsozialisten in Frage kommen, die nachts an der genannten Stelle Plakate hielten und hierbei wahrscheinlich getötet wurden.

M.B. Hamburg (Tel.) Der 20jährige Gerhols, ein Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, der von der Polizei festgenommen wurde, ist geständig, den Schlosser Leo Heiborn erschossen zu haben. Er gibt an, in der Notwehr gehandelt und später die Waffe in den Seebeckkanal geworfen zu haben.

In eine Versammlung der Deutsch-Demokratischen Partei, die am Mittwochabend im Zoo in Frankfurt stattfand, drangen etwa 80 Nationalsozialisten ein, um die Versammlung zu sprengen. Sie untertrachen den Redner, beschimpften die Versammlungsbesucher und mußten schließlich von der Polizei mit dem Gummistock aus dem Saale entfernt werden. Dann konnte der Redner des Abends, Reichsfinanzminister A. D. Reinhold seinen Vortrag fortsetzen.

### Die Durchführung des Kriegsschadenschlußgesetzes

Seitens des Reichsentschädigungsamtes wurden, wie aus Berlin mitgeteilt wird, die neuen Arbeiten am 13. April aufgenommen. Bis zum 14. Mai waren 5639 der dringendsten Fälle mit über 14 Millionen Reichsmark erledigt. Ausgezahlt worden sind 6,25 Millionen Reichsmark. In den übrigen Fällen war die Rechtskraft der Entschädigung abzuwarten. Das Amt beschäftigt 937 Kräfte, davon nach Abzug der unteren Bediensteten, an sachlichen Arbeitern 164 Referenten und 396 Expedienten. Eine Auskunftsstelle ist neu eingerichtet und erledigt täglich 130 Befragte. Es wird gehofft, daß die Arbeit des Amtes noch weiter gesteigert werden kann. Die großen Verbände der Geschädigten arbeiten in dankenswerter Weise mit. Einige kleinere Verbände ordnen sich leider nicht ein, sondern flören den Fluß der Arbeiten durch Vermehrung ausfichtloser Anträge, durch Demonstrationen und durch Störung der arbeitenden Beamten. Zunächst werden die kleineren Fälle bis zu 20 000 M. bearbeitet.

### Letzte Nachrichten

**Wieder ein Konflikt Preußen und Reich**  
M. Berlin, 18. Mai (Priv.-Tel.) In einer Rede in Königsberg (Ostpreußen) hatte der preußische Ministerpräsident Braun erklärt, daß zur Überraschung für ihn und das Staatsministerium Reichsfinanzminister Dr. Köster im letzten Augenblick eine Anleihe für Ostpreußen verhindert habe.

Der amtliche preußische Pressedienst hat dann von Reichsseite her diese Angabe bestritten und mitgeteilt, daß die Verhandlungen über eine Anleihe in Höhe von 100 Millionen Reichsmark für 2 Hypotheken zugunsten der ostpreussischen Landschaft sehr günstig verlaufen wären. Der Reichsfinanzminister habe an den Verhandlungen teilgenommen, im letzten Augenblick aber aus Gründen der Reparationspolitik Einspruch erhoben. Die Reichsregierung bekennt sich entschieden, daß die preußische Regierung nicht unterrichtet worden sei und erklärt, daß der Finanzminister sowie der Landwirtschaftsminister schon am 2. Mai schriftliche Mitteilung bekommen hätten. Demgegenüber betont die preußische Staatsregierung heute erneut, daß diese Angaben nicht zuträfen. Der preußische Ministerpräsident Braun habe vielmehr erst in Ostpreußen durch einen Brief, den Oberpräsident Siehr an Hindenburg gerichtet habe, davon erfahren. In dem Brief wird um Hilfe für Ostpreußen ersucht. Siehr aber wurde seinerseits durch den Landeshauptmann und den General-Landschaftsdirektor für Ostpreußen von der Lage unterrichtet, also nicht auf amtlichem Wege. Der Konflikt scheint sich zu aller Schärfe zuzuspitzen.

### 50 jähriges Bestehen der Reichskanzlei

M.B. Berlin, 18. Mai (Tel.) Heute mittag 11 Uhr versammelte Reichskanzler Dr. Marx die Beamten und Angestellten der Reichskanzlei um sich, um des Tages zu gedenken, an dem vor 50 Jahren durch allerhöchste Kabinettsordre von Kaiser Wilhelm I. die Errichtung der Reichskanzlei verfügt wurde. Die kurze, eindrucksvolle Feier wurde durch eine kurze Ansprache des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Dr. Fänder, abgeschlossen.

### Amerika und die französische Währungsanleihe

M.B. Paris, 18. Mai. (Tel.) Der „Petit Parisien“ gibt eine aus Washington stammende Agenturmeldung wieder, in der gesagt wird, man fürchte von amtlicher Seite an, daß das amerikanische Schatzamt keine Einwendungen dagegen erheben werde, daß Frankreich von der Federal-Reserve-Bank Kredite für die Stabilisierung seiner Währung erhalte.

### Anschlag auf den Henker von Sacco u. Vanzetti

M.B. New York, 18. Mai (Tel.) Gestern früh wurde die Wohnung des Henkers Robert Elliot, die einfach auf Long Island liegt, beschossen. Die Täter drangen sodann in die Wohnung ein und warfen Elliot, seine Frau und seine zwei Kinder aus den Betten. Verletzt wurde niemand. Elliot hat Sacco und Vanzetti, die Mörderin Ruth Snyder und eine Reihe anderer berühmter Delinquenten hingerichtet.

### Verhaftung japanischer Extremisten

M.B. Tokio, 18. Mai (Tel.) Bei einer Versammlung von Extremisten, die gegen die Entsendung japanischer Truppen nach Scharung protestierten, wurden 17 Verhaftungen vorgenommen.

### Zur Lage in China

Die Regierung von Nanking hat die scharfen japanischen Sühneforderungen für die Vorfälle in Tsinanfu angenommen. In einer gleichzeitigen Erklärung wird von der Regierung darauf hingewiesen, daß es rasch erscheine, eine im Interesse der ungehinderten Weiterführung der bisher erfolgreichen Offensive gegen Peking eine möglichst rasche Einigung mit Japan zu erreichen.

M.B. London, 18. Mai (Tel.) Die „Times“ meldet aus Tientsin vom 16. Mai: Die Gerüchte über die Einnahme von Tangschau durch Fengjuchiang haben sich jetzt als unbegründet herausgestellt. — Missionäre, die gestern Abend die Stadt verlassen hatten, berichten, daß Tangschau von 50 000 Mann Nordtruppen gehalten wird.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Mittwoch mit einem Antrag Preußens und einer Reihe anderer Länder, den 11. August zum Nationalfeiertag zu erklären. Ein preussischer Antrag, die Vorlage sofort dem Ausschuß zu überweisen, ohne Innehaltung der Dreiwöchensfrist, wurde mit 46 gegen 19 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmten nur die Länder Bayern, Württemberg, Thüringen und Oldenburg sowie die Provinz Brandenburg. Die Ausschußberatung der Vorlage soll in der nächsten Woche beginnen. — Eine Vorlage über die Dedung der Wahlkosten konnte noch nicht beraten werden, weil ihre Behandlung im Ausschuß noch nicht beendet ist.

### Wirtschaftliche Umschau

**Eisen, Kohle, Reichsbahn — Die Gefahren der Lohn- und Preiswelle — Die Auslandsanleihe für die Gemeinden**

Die Preiswelle geht weiter. Nach den beiden Grundstoffen Kohle und Eisen kommt die Reichsbahn, die allerdings schon seit längerem eine Erhöhung der Güter- und Personentariife als notwendig bezeichnet, und sie überhaupt mit ihrer Mehrbelastung durch Reparationen, Gehälter und Löhne und Unterhaltungskosten begründet hat. In der nun der Öffentlichkeit unterbreiteten Denkschrift werden die Personalmehrkosten angeführt, die infolge der Beförderungserhöhung bei Zunahme der Beamten- und Rückgang der Arbeiterzahl gestiegen sind, und 1928, einschließlich Wohlfahrtsausgaben und Ruhegehälter, 310 Millionen Reichsmark mehr betragen als 1927. Der Personalaufwand beträgt 1928 2922,4 Millionen Reichsmark gegen 2612,1 Millionen Reichsmark 1927, trotzdem die Kopfzahl des Personals eine Verringerung um 4418 erfuhr. Ein nicht gerade erfreuliches Ergebnis einer „Nationalisierung“, von der die Reichsbahn übrigens betont, daß sie sich nur noch in geringem Umfang fortsetzen lasse. Die Reparationslast beträgt von 1928 ab nun jährlich 660 Millionen Reichsmark (1927: 590 Millionen Reichsmark). An Ergänzungs- und Unterhaltungsbauten muß viel nachgeholt werden.

Man müsse — so heißt es in der Denkschrift — mit einem Fehlbetrag von 250 Millionen Reichsmark rechnen, der nur durch eine Steigerung der Einnahmen aus den Tarifen eingebracht werden könne. Bei den Gütertarifen wird eine Erhöhung um 10 Prozent vorgeschlagen, bei den Personentarifen eine umfassende Reform mit Übergang vom bisherigen Vierklassensystem zum Zweiklassensystem, zu einer Holz- und einer Polsterklasse. Der Tarif für die Polsterklasse soll, da aus der 1. und 2. Klasse eine immer größere Abwanderung stattgefunden hat, billiger werden, und zwar um 23 Prozent als die bisherige 2. Klasse. Die Holzklasse jedoch um 12 Prozent teurer als die bisherige 4. Klasse. Durch Umgestaltung der Zuschläge (Schnellzüge usw.) wird allerdings die Verbilligung der Polsterklasse zum erheblichen Teil praktisch wieder aufgehoben, während der Berufsverkehr von der Erhöhung überhaupt frei bleiben wird.

Die Erhöhung der Gütertarife soll von den 250 Millionen Reichsmark 195 Millionen Reichsmark mehr einbringen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Wirtschaft diesen hohen Betrag einfach übernehmen wird, ohne den Versuch zu machen, ihn auf den Verbrauch abzuwälzen. Die Gütertarife werden somit verteuern wirken. Unmittelbar trafe die Erhöhung der Personentariife das Publikum, das an sich die Abschaffung des Vierklassensystems begrüßen kann, aber sehr empfindlich in seiner ganzen Lebenshaltung durch die Erhöhung des Tarifs für die 4. Wagenklasse betroffen wird. Es handelt sich um eine 12prozentige infozial wirkende Verteuerung der Fahrten der breitesten Schichten der Bevölkerung.

Dazu kommt die Einführung von Zuschlägen für die Sitzzüge und die Erhöhung der Schnellzugzuschläge. Auf Grund des Reichsbahngesetzes muß die Reichsregierung der Reichsbahn binnen 20 Tagen auf den unterm 2. Mai gestellten Antrag eine Antwort geben, die freilich keine endgültige Entscheidung zu sein braucht. Das Reichskabinett, in dem wenig Neigung herrscht, der Tarifierhöhung zuzustimmen, hat sich vorgestern damit beschäftigt. Es werden Vorschläge beraten, die eine andere Aufbringung oder teilweise Einsparung des Fehlbetrages vorsehen.

Auch die geplante Tarifierhöhung der Reichsbahn ist ein Glied der gefährlichen Entwicklung, die wir vor acht Tagen an dieser Stelle besprochen haben. Im Oktober hatte der Reichsfinanzminister im Reichstag sich dagegen gewendet, daß man „die Erhöhung der Beamtengehälter gleichsam als Signal zu einer allgemeinen Steigerung des Lohn- und Preisniveaus betrachten dürfe, die in ihrer Auswirkung letzten Endes durch den Exportrückgang und die Einschränkung der Gesamtproduktion gerade gegen diejenigen ausschlagen müßte, die sich davon besondere Vorteile versprechen“. Wie es gekommen ist, wissen wir. Dem „Signal“ ist tatsächlich eine Entwicklung gefolgt, die dem Inhalt der Warnung des Ministers ent-

Mit der Beilage: Gewinnliste der Mannheimer Maimarkt-Lotterie

sprach, und die das Programm der Reichsregierung auf Preislenkung und Verbilligung der Produktion illusorisch machte. Es letzter Lohnbewegungen auf breiter Front ein, und, z. B. bei der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches im Ruhrbergbau setzten sich politische Erwägungen gegen volkswirtschaftliche durch.

Da nach Erhöhungen der Preise von Grundprodukten, wie bei Kohle und Eisen, mit einer verstärkten Erhöhung der Preiswelle bei den weiteren Produkten zu rechnen ist, stellt sich die Lage so dar, daß die erhöhten Preise für Sachgüter die erzielten Lohnerhöhungen schließlich wieder wettzumachen drohen. Die Lohnkämpfe sind dann, mit anderen Worten, umsonst geführt, man steht schließlich nicht nur da, wo man stand, sondern infolge Absatzrückgang und erschwerter Konkurrenz im Ausland sieht sich die Gesamtwirtschaft, Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer schließlich zurückgeworfen. Auch die Nationalisierung hat ihre Grenzen. Wirtschaftliche Zusammenhänge, wie diese, lassen sich durch keinerlei Schlagworte aus der Welt schaffen. Es genügt auch nicht, nun die neuen Preiserhöhungen zu kritisieren. Das Gesamtproblem ist aufzurollen, aus dem Geschehen sind die erforderlichen Lehren zu ziehen, von denen die wichtigste die sein wird, daß unser Volkseinkommen sich nur durch vermehrte Produktion vergrößern läßt, und daß bei Bemessung des auf den einzelnen entfallenden Teils, dort, wo es nur einigermassen möglich ist, die Leistung der Maßstab zu sein hat, daß man Gegenwirkungen gegen diesen gerechtesten Maßstab, kommen sie, woher sie wollen, versuchen muß, auszuschalten.

Von der neuen Auslandsanleihe der Girozentrale, deren erster Teil in Höhe von 17 1/2 Millionen Dollar von der Beratungsstelle genehmigt wurde, entfallen auf die bad. Städte und Gemeinden rund 13 Mill. Reichsmark. Die Städte erklären, daß zwar eine gewisse Erleichterung durch die Anleihe geschaffen werde, daß aber die 13 Millionen Reichsmark nur einen Teilbetrag des wirklichen Bedarfs der Städte und Gemeinden darstellen. Verschiedentlich wird der Betrag, den man erhält, zur Umwandlung kurzfristiger Kredite in solche langfristiger Art dienen. Die Girozentrale 17 1/2 Millionen-Dollaranleihe des Deutschen Giroverbandes wird von dem amerikanischen Bankhaus Harris, Forbes & Co. zu einem Kurs von 91,3 Prozent übernommen und wird am Montag in New York zur Zeichnung aufgelegt.

### Das Befinden Stresemanns

Am Donnerstag wurde folgendes Bulletin ausgegeben: Die Besserung im Befinden des Reichsaußenministers hält an. Die Tätigkeit der Nieren hat sich weiter gehoben. Temperatur 36,9, Puls 84. Es ist zu hoffen, daß im weiteren Verlauf der Krankheit Rückfälle nicht eintreten.

Reichskanzler Dr. Marx hat am Mittwoch zu Beginn der Kabinetsitzung mit kühnen Worten des erkrankten Reichsministers des Auswärtigen gedacht und den Vertreter des Auswärtigen Amtes gebeten, Dr. Stresemann die herzlichsten Wünsche des Reichskabinetts für eine baldige Genesung zu übermitteln.

Reichspräsident von Hindenburg wird auf Einladung der Oberpräsidenten und Landeshauptheiler der Provinzen Ober- und Niederschlesien, sowie des Oberbürgermeisters der Stadt Breslau, in Verbindung mit seiner Teilnahme an den diesjährigen im Herbst stattfindenden Mandatn der Reichswehr in Niederschlesien etwa in der Zeit vom 17. bis 20. September die Provinzen Ober- und Niederschlesien bereisen.

Reichsjustizminister a. D. Dr. Feinze 4. Der schon seit längerer Zeit krankelnde frühere Reichsjustizminister und Reichstagsabgeordnete Dr. Feinze ist in Dresden einem Herzschlag erlegen. Dr. Feinze hatte sich noch bis vor zwei Tagen am Wahlkampf beteiligt, fühlte sich aber dann in den letzten zwei Tagen unwohl und war zu Hause verblieben.

### Badisches Landestheater

Zum ersten Male: Kleine Komödie  
In drei Akten von Siegfried Geher  
In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden

Siegfried Geher's „Kleine Komödie“ lebt von der Idee „Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht“. Es kommt dabei auch Wunderliches heraus, das die Lachnerben reizt, so daß die oft sehr groben Vertauschungsmethoden unbekannt hingekommen werden. Der Diener des abwesenden Barons empfängt als Baron Besuch einer angeblichen Dame, die aber auch nur wieder das Kammermädchen der Angebeteten des Barons ist. Der zu früh zurückgekehrte Baron erfährt die Situation und übernimmt die Rolle seines Dieners. Dazu erscheint noch der eifersüchtige Gatte der Angebeteten, um dem vermeintlichen Baron die Anbetung zu unterfagen, wobei er die Täuschung des Kammermädchens entdeckt. Um die Verwirrung zu erhöhen, muß auch noch die Angebetete selbst den Baron aufsuchen und dadurch die Lösung ermöglichen, so daß zum Schluß Baron mit Frau von Balthin und eine Stufe tiefer Diener mit Jose ihre liebende Vereinigung feiern können.

Eine kleine Komödie von Irrungen und Wirrungen, die aus dem Vertauschungsmotiv mit schwächerem und stärkerem Druck herausgesprengt werden. Scherz ohne Satire und ohne tiefere Bedeutung. Unterhaltliches Spiel, das nur selten zu sehr geht.

Die belanglose, amüsante Angelegenheit wurde auch entsprechend von Eugen Schulz-Weiden in flotten Tempo in Szene gesetzt. Das Bühnenbild war sinngemäß und mit bewährter Technik gestaltet. Vor allem war das Zusammenspiel der Handlungsträger, namentlich des Terzett's Baron — Diener — Jose schmissig einstudiert und ausgeführt, und darauf beruht der starke Bühnenerfolg.

Neben dem Spielleiter gebührt volle Anerkennung aber auch den einzelnen Darstellern. Durch dienstliche Verhinderung war es mir leider nur möglich, die Vorstellung von der Schlusspointe des ersten Aktes an zu verfolgen. Dadurch entging mir u. a. die kleine Episode der verabschiedeten Freundin Daisy, die Eva Quaifer verkörperte. Was ich aber sah, zeugte für das schauspielerische Niveau, über das unser Lan-

### Aus der Wahlbewegung

Der Reichsfinanzminister in Karlsruhe

Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat als Spitzenkandidat des badischen Zentrums Mittwoch abend im großen Festsaal in Karlsruhe vor einer starken Zuhörerschaft über das Thema „Wirtschafts- und Beamtenfragen“ gesprochen.

Unter lebhaftem Beifall bestieg er das Rednerpult. Er beschäftigte sich mit den Aufgaben des kommenden Reichstages und unterzog die geleistete Arbeit des alten Parlaments, von der Außenpolitik ausgehend, einer eingehenden Würdigung. Die Fortführung der bisherigen Außenpolitik müsse auch durch den kommenden Reichstag gewährleistet werden, denn sie bedeute den einzigen Weg zur Verständigung und Befreiung. Die Forderung der Rheinländerklärung werde nach wie vor mit allem Nachdruck vertreten werden. Mit einem Bekenntnis zur Weimarer Verfassung und zu den Farben der Republik wandte sich dann Dr. Köhler den Problemen der Innenpolitik zu.

Der Minister behandelte dann das Problem der Neugliederung des Reiches, die unter allen Umständen kommen müsse. Das Zentrum stehe dabei auf dem Standpunkt, daß diese Neugliederung auf föderativer Grundlage und nicht mit den Mitteln des Zwanges oder der finanziellen Auszehrung betrieben werden dürfe. Die lebensfähigen Länder seien zu erhalten. Das Zentrum erklärt sich selbstverständlich bereit, am Umbau des Reiches aktiv mitzuwirken, dabei ist es überzeugt davon, daß gerade Süddeutschland in der Frage des Anschlusses an Deutsch-Ostreich eine geschichtliche Rolle spielt. Dringend notwendig sei ferner eine Reform des Wahlverfahrens.

Der Minister verteidigte dann seine Finanzpolitik. Die Magdeburger Rede, in der er auf Wunsch des Deutschen Beamtenbundes den Umfang der Erhöhungen der Grundgehälter angekündigt habe, sei in ihren Grundzügen und Grundgedanken vom Reichskabinett vollständig gebilligt gewesen. Und die Vorlage habe sich daran gehalten. Man sei bei dem Ausmaß der Erhöhungen bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Seien wir uns klar darüber, wenn diese Beförderungsregelung jetzt nicht durchgeführt worden wäre, so hätte die Beamtenchaft auf Jahre hinaus nichts bekommen. Warum? Weil im Zeitpunkt der fünfjähigen Normalbelastung des Bundesplanes in Höhe von allein 2500 Millionen Reichsmark für Erhöhung der Beamtenbesoldung kein Raum mehr gewesen wäre. Die deutsche Zentrumspartei sehe fest und entschlossen auf dem Boden des Berufsbeamtenbundes.

Nachdem der Minister das wirtschafts- und sozialpolitische Gebiet gestreift hatte, kam er auf die Finanzlage im allgemeinen zu sprechen. Die deutsche Finanzlage sei angespannt, aber nicht ungesund. Das Jahr 1927 habe finanziell gut abgeschlossen. Der Etat für 1928 sei mit der allergrößten Vorsicht und Sparsamkeit aufgestellt worden. Es sei ihm, dem Minister, gelungen, den Verwaltungsaufwand des deutschen Reiches, der 1926 2,5 Milliarden Reichsmark betrug, im Jahre 1928 auf 1,7 Milliarden Reichsmark herabzuminieren, trotz der Erhöhung der Reparationen um 400 Millionen Reichsmark, trotz der erhöhten Bezüge der Beamten und der Sozialversicherungsbeiträge. Große Schwierigkeiten bereitete allerdings der außerordentliche Etat, der Anleiheetat des deutschen Reiches. Für die Festsetzung einer erträglichen Reparationsschuld sei die Wahrung der Kreditwürdigkeit Deutschlands und der deutschen Regierung die größte zu lösende politische Aufgabe. Der Erhaltung und Festigung der Kreditwürdigkeit Deutschlands diene auch die so viel angegriffene Anleihepolitik des Reiches. Der ausländische Anleihemarkt ist für die Gemeinden in beschränktem Umfang wieder geöffnet. Die Länder und das Reich werden, so erklärte der Redner, gut daran tun, auch weiterhin von der Aufnahme von Auslandsanleihen abzusehen.

Der Redner sprach ferner die Hoffnung aus, daß mit der in Aussicht genommenen Wahlreform auch das Wahlsystem verschwinden werde, das den breiten Wählermassen bei der Ausfüllung der Kandidaten jeden Einfluß nehme. Als wichtiges kulturpolitisches Ziel für das Zentrum gelte das Reichsstaatsgesetz, das auch nach den erfolgten Wahlen vom Zentrum mit allem Nachdruck der Durchführung entgegengeführt wird. Vollkommen unabhängig nach rechts und links sei das Zentrum in den Wahlkampf gezogen. Es werde auch in der Zukunft tatkräftig am Wiederaufbau des Staates mitarbeiten und jedem die Hand reichen, der von den gleichen Zielen ehrlich befeuert ist.

Den Ausführungen Dr. Köhlers sollten die Versammelten lebhaften Beifall.

### Die Zahl der Wahlvorschläge und Bewerber

Nach Feststellungen des Wahlleiters sind zu den kommenden Reichstagswahlen insgesamt 642 Kreiswahlvorschläge und 31 Reichswahlvorschläge, insgesamt 673 Wahlvorschläge zugelaf-

ten. Gegenüber 485 Kreiswahlvorschlägen und 22 Reichswahlvorschlägen = 507 Wahlvorschläge insgesamt bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924. Die Zahl der Wahlvorschläge ist mithin um fast ein Drittel gestiegen.

Die Zahl der Bewerber beträgt auf den Kreiswahlvorschlägen 5672 (5224 männl. und 448 weibl.). Auf den Reichswahlvorschlägen 536 (493 männl. und 43 weibl.) Bewerber, insgesamt 6208 (5717 männl. und 491 weibl.) Bewerber. Zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 waren 4716 Bewerber zugelassen, davon 4208 männliche und 518 weibl. Bewerber. Die Zahl der Bewerber insgesamt ist demnach um 1492 = 32 Prozent, die der männl. Bewerber 1514 = 36 Prozent gestiegen, hingegen die Zahl der weiblichen Bewerber um 22 (um 3 Prozent) zurückgegangen.

### Der Reichspräsident im Wahlkampf

Die Person des Reichspräsidenten ist im Wahlkampf verhältnismäßig von Parteien in Anspruch genommen worden. Es muß auch — so wird in Berlin erklärt — gegenüber einer Veröffentlichung der Deutschen Volkspartei festgehalten werden, daß der Reichspräsident keiner Partei angehört. Es handelt sich um einen Brief des Reichspräsidenten vom 3. Januar 1927, den er bei Gelegenheit der Regierungsbildung an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei gerichtet hat.

### Aus dem Colmarer Autonomistenprozeß

Die Mittwochvormittagsitzung war zum erheblichen Teil durch die bezeichnenden Aussagen des Zeugen Niehl, der sich offenbar als Spießer und Agent provocateur betätigt hat, ausgefüllt. U. a. ist die Verlesung einer großen Zahl von Briefen zu erwähnen, die aus der Feder Niehls stammen und an alle möglichen Personen gerichtet sind, und autonomistische, deutschfreundliche und französischenfeindliche Gedanken und Beleidigungen Frankreichs aller Art enthalten. Alle diese Briefe gibt der Zeuge zu, geschrieben zu haben, lediglich aber zu dem Zweck, um die Autonomiebewegung auszulandischen.

Rechtsanwalt Klein bemerkte bei der Verhandlung, daß diese Briefe, da sie auch an Ausländer geschrieben worden seien, den Tatbestand des Hochverrats von Seiten des Zeugen Niehl darstellten. Rechtsanwalt Palmieri (Korsika) erklärte, er werde den Beweis erbringen, daß Niehl an die förtliche Autonomistenpartei einen Brief geschrieben habe, in dem er sie zu Gewalttaten gegen Frankreich aufzureizen versucht habe. Rechtsanwalt Berthou erklärte, als ihn der Vorsitzende aufforderte, den Zeugen nicht durch die Bezeichnung Agent provocateur zu beleidigen: „Der Zeuge ist ja gar nicht mehr zu beleidigen“. Rechtsanwalt Peter rief aus: „Ja, schäme mich, daß Niehl ein Schläger ist!“

In der Nachmittagsitzung leugnete Niehl es ab, daß er jemals im Dienste der Polizei gestanden habe oder Geld für seine Tätigkeit von der Polizei oder von einer Privatperson erhalten zu haben. Schließlich erklärte der Zeuge, daß er die Liste der Heimatbundmitglieder an den Polizeikommissar in Mühlhausen, Volk, weitergegeben habe. Polizeikommissar Volk aus Mühlhausen bestätigte, daß Niehl seit März 1926 ihm regelmäßig Briefe aus Deutschland und anderes mehr übermittelte. Auch wiederholt er angebliche Aussagen der Angeklagten, die ihm Niehl mitgeteilt hatte. Als der Vorsitzende den Zeugen fragte, ob Niehl jemals als sein Agent tätig gewesen sei, rief Rechtsanwalt Berthou: „Wahrscheinlich Frage!“. Rechtsanwalt Palmieri, Korsika, vertiefte dann ein Schreiben des Vorsitzenden der förtlichen Autonomistenpartei, Noca, in dem erklärt wird, daß Schall, dessen Bekanntheit er bei einem Autonomistenkongress gemacht habe, ein bescheidener, ruhiger Mensch sei, während er, Noca, von Niehl Briefe erhalten habe, die so heftig gehalten gewesen seien, daß er nicht darauf geantwortet habe.

Der Schulinspektor (inspecteur d'academie) Bourgoin äußert sich nur zu dem Fall Hoffe, den er als Vorgesetzter der Schulbehörde gegenüber dem Lehrer Hoffe schon behandelt hat. Hoffe war wegen Unterzeichnung des Heimatbundesmanifestes vom Dienst entlassen worden. Bourgoin läßt eine ganze Anzahl von Artikeln aus der „Revue scolaire“ verlesen, die von Hoffe geschrieben sind. Es heißt in diesen Artikeln u. a.: „Wer nach dem 11. November 1918 im Lande blieb, der übernahm stillschweigend die Pflicht, Frankreich loyal zu dienen. Wollte er dies nicht, so durfte er nicht die Unrechlichkeit begehen, die neue Nationalität anzunehmen. Mehr als Loyalität zu verlangen, hat der Staat nach dem Gesetz kein Recht. Liebe und Begeisterung sind wünschenswert, sie müssen sich aber aus der Erfahrung ergeben. Was ist national, was ist antinational? Der Himmelstagskrieg blieb sühnungslos.“

### Zum Fall Jakubowski

Im Auftrag des mecklenburg-strelitzischen Staatsministers Freiherrn von Reibitz hat Ministerialrat Dr. Vogel dem Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Joel, einen längeren Vortrag über den Fall Jakubowski gehalten, mit der Bitte um Benennung eines oder mehrerer namhafter Juristen als Gutachter.

Reichsjustizminister und Vizekanzler Herzt erklärte in einem Antwortschreiben u. a.:

„Die Entscheidung darüber, ob und welche Maßnahmen seitens der Justizverwaltung in der Angelegenheit Jakubowski zu treffen sind, steht nach der verfassungsmäßigen Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem Reich und den Ländern ausschließlich der Landesregierung von Mecklenburg-Strelitz zu. Die Verantwortung, die hiernach der Landesregierung zufällt, vermag ihr durch die Reichsjustizverwaltung nicht abgenommen zu werden. In der Lage, in der sich die Angelegenheit gegenwärtig befindet, erscheint mir eine Zurückhaltung des Reichsjustizministeriums auch um deswegen geboten, damit auch der Anschein eines Übergriffes in den Wirkungsbereich der Gerichte vermieden wird. Es kommt hinzu, daß der Fall Jakubowski bei den weiteren Verhandlungen über die Strafrechtsreform voraussichtlich im Reichstages erörtert werden wird, und daß der unbefangenen Würdigung, die dabei vom Reichsjustizministerium erwartet werden darf, vorgegriffen würde, wenn ich der Angelegenheit im gegenwärtigen Stadium näher träte.“

Verbot des Cavell-Films in Australien. Wie die Londoner Blätter aus der australischen Bundeshauptstadt Canberra berichten, wird der australische Handels- und Zollminister Bruce die öffentliche Vorführung des Cavell-Films untersagen, da der Prüfungsausschuß einen ungünstigen Bericht erstattet hat.

## Schwerhörige

erprobt unsern neuesten Hörapparat mit regulierbarer Lautstärke. Ärztlich empfohlen. Mäßige Preise. Erleichterte Zahlungsbedingungen. Vorführung am

Samstag, den 19. ds. Mts., von 9—6 Uhr, im Hotel Lutz in Karlsruhe  
Deutsche Otophone Comp. G. m. b. H.,  
Frankfurt a. M. Gegr. 1910. H. 611

## Chamberlain über Locarno

In einer Rede in Glasgow gedachte der englische Außenminister Chamberlain rühmend Briand und Dr. Stresemann, dieser beiden großen Männer, die in der Sache des Friedens durch eine weite Vision der ganzen Welt gebietet hätten. Briand sei ebenso ein charakteristischer Franzose wie Dr. Stresemann ein charakteristischer Deutscher sei. Diese beiden großen Männer, die ihrem Vaterland dienen, haben den klaren Blick gehabt. Sie haben gewußt, daß, wenn sie in der engen Sphäre des nationalen Interesses und des nationalen Argwohn bleiben, sie ihrem Vaterland schlecht dienen und auch keinen guten Dienst erweisen würden.

Die erste Aufgabe sei es gewesen, Frankreich die Gewißheit zu geben, daß, wenn es nicht unter ähnlichen Umständen wieder angegriffen werden würde, es nicht allein stehen würde. Seit dem Locarnovertrag haben wir kleine Geminnisse und Enttäuschungen gehabt. Wir haben noch einen weiten Weg zu gehen, und sein Ende wird nicht von den Bilgen erreicht werden, welche ihn zuerst betreten. Aber bereits in diesen kurzen Jahren konnten wir Ergebnisse jener großen Versöhnungstat erbliden. Deutschland und Frankreich arbeiten zusammen, um ihre Meinungsverschiedenheiten zu regeln. Deutschland und Frankreich sehen und erkennen und lassen auch uns erkennen, daß, was für Differenzen auch zwischen uns auftreten können, keine dieser Differenzen die Opfer eines Krieges wert ist (Beifall), daß, was auch immer uns trenne und was auch immer für rivalisierende Interessen auftreten mögen, unser gemeinsames Interesse wichtiger ist als alles andere, und daß in der Aufrechterhaltung des so abgeschlossenen Friedens die Sicherheit unserer Länder und der Bestand unserer gemeinsamen Zivilisation liegt (Beifall).

## Im Rheinschiffahrtstreit

Ist eine weitere Verschärfung eingetreten durch den Beschluß der holländ. Transportarbeiter-Föderation, mit deren Schiffen nicht oberhalb Ruhrort zu fahren. Das holländische Schiffspersonal hat bei einer Reihe von holländischen Schleppern die Arbeit verweigert. Damit kommt der Schiffsverkehr oberhalb Ruhrorts völlig zum Erliegen, da die holländischen Reedereien die Arbeitsverweigerung des Personals mit deren sofortiger Entlassung des Personals erwiderten. Schleppaufträge werden von den holländischen Reedereien nicht mehr angenommen. Das französische und das schweizerische Schiffspersonal hat bisher eine Beteiligung am Streit, insofern der Drohung der französischen Reedereien, jegliche Arbeitsverweigerung mit sofortiger Entlassung zu beantworten, abgelehnt. Der Schlepperbetrieb in den Duisburg-Ruhrorter Häfen liegt gänzlich still. Aus Mannheim wird gänzlich Stillstand des Hafensbetriebes gemeldet. Nur von den Häfen Karlsruhe und Frankfurt a. M. aus sind noch Schiffe rheinwärts in Betrieb.

## Der Schachtel-Prozess

Der große Schachtel-Prozess beginnt heute, Freitag, in Moskau. Die 50 russischen und 3 deutschen Angeklagten stehen in Gegenwart von über 100 ausländischen und einheimischen Journalisten und von zahlreichen inoffiziellen Beobachtern der deutschen, polnischen und französischen Regierung sowie Vertretern anderer Regierungen vor Gericht. Die Verlesung der sehr umfangreichen Anklageschrift eröffnet den Prozess. Die Verlesung allein dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Aus Moskau wird gemeldet: Der Angeklagte Bratowski, der behauptet hatte, deutsche Firmen hätten Bestechungsgelder gegeben, wodurch besonders die Firma Knapp belastet wurde, und der Angeklagte Matow, der den Verbleib der Reichswehrorganisation mit allen Einzelheiten zugegeben hat, haben darum ersucht, daß der ihnen zugeteilte Offizialvertreter Murawjew durch einen anderen ersetzt werde, da sie befürchten, Murawjew könne ihre Geständnisse abschwächen. Der Verteidiger habe nämlich wiederholt darauf hingewiesen, daß den Angeklagten die Todesstrafe drohe und ersuchte sie, im Interesse der anderen Angeklagten, zu einer Milderung der gemachten Aussagen zu bewegen. Der Oberste Gerichtshof hat in einer Sonderprüfung beschlossen, den Verteidiger Murawjew durch einen anderen zu ersetzen. Ausdrücklich sei bemerkt, daß sich die Anklage im wesentlichen auf die Aussagen Bratowski und Matow stützt.

Der 70. Geburtstag Felix Deutsch's. Der große Sitzungssaal der A.G. in Berlin war am Mittwoch anlässlich des 70. Geburtstages von Generaldirektor Geheimrat Dr. Felix Deutsch in einen Blumenhain verwandelt. Weit über 1000 Telegramme und ungezählte Briefe aus allen Teilen der Welt waren eingegangen, darunter von Ministerpräsident Braun, Handelsminister Schreiber, Generaldirektor der Reichsbahn Dormmüller, Geheimrat Duisberg von der A.G. Farbenindustrie, Krupp von Bohlen, Präsident Hitchell von der National Citybank New York und Staatssekretär Weizsäcker. Die Siemens-Gesellschaft A.G. und die Siemens- und Schuckertwerke überreichten dem Jubilar eine prächtig ausgestattete Adresse, der Verein deutscher Ingenieure einen Neudruck der Georgius Agricola aus dem Jahr 1556 in Basel herausgegebenen Schrift „De re metallica“.

Die Tagerkonferenz in Paris. Wie der „Daily Telegraph“ aus Paris meldet, haben die Arbeiten der Sachverständigen der Viermächtekonferenz über Tager eine plötzliche günstige Wendung genommen. Italiens Ansprüche auf angemessene Beteiligung an der örtlichen Verwaltung würden wahrscheinlich befriedigt werden.

Politischer Doppelmord in Florenz. In Florenz drang ein bekannter Kommunist, der erst kurze Zeit vorher aus Frankreich zurückgekehrt war, am hellen Tag in einen Schneidersladen ein und schloß einen Kassisten nieder, der dort als Geselle tätig war. Auf der Flucht erschoss er noch einen Kassisten. Trotzdem sofort von der Miliz und von der Carabinieri die Verfolgung aufgenommen wurde, gelang es dem Täter, zu entkommen.

Zur Preiserhöhung für Walzeisen. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius nahm am Mittwoch die Vorträge über Anlaß und Auswirkung der Preiserhöhung für Walzeisenzeugnisse entgegen. Mit Rücksicht auf die sachliche Bedeutung einer Entscheidung und bei der Grundfähigkeit der wirtschaftspolitischen Fragen, die für die Entscheidung maßgebend sein können, wird die Angelegenheit nach den Wahlen zum Gegenstand einer Aussprache innerhalb des Kabinetts gemacht werden.

Eine chinesische Studentenkommision in Berlin. In Berlin traf eine aus 17 Herren bestehende chinesische Studentenkommision unter Führung des Präsidenten der Ostchinesischen Eisenbahnen ein. Die Herren werden etwa 14 Tage in Berlin bleiben, industrielle Unternehmungen besuchen und Fühlung mit Finanz- und Handelskreisen der Hauptstadt nehmen. Von Berlin reist die Kommission nach Leipzig und Hamburg.

Prinz Carol von Rumänien hat England verlassen. Er ist über Dover nach Belgien gereist und hat sich Donnerstag vormittag von Brüssel nach dem Chateau d'Ardenne bei Dinant begeben, wo er vorläufig Aufenthalt nimmt.

## Badischer Teil Evangelische Landessynode

Die Evangelische Landessynode setzte am Montag ihre Beratungen in Karlsruhe fort. Als Berichterstatter des Finanzausschusses berichtete Abg. Krölein über zwei Nachtragsgesetze, über die allgemeinen kirchlichen Ausgaben für 1927/28/29 und ihre Deckung. Der erste Nachtrag wurde angenommen. Der zweite Nachtrag sieht die Errichtung einer weiteren geistlichen Stelle in der Oberkirchenbehörde und die Errichtung der Studentenfürsorge in Freiburg vor. Der zweite Nachtrag wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die sogen. Städtekonferenz der großen Stadtgemeinden hatte auf die große finanzielle Belastung durch die Dotationsabgaben für die Pfarreien hingewiesen und um Erleichterung nachgesucht. Der Antrag der Städtekonferenz wurde der Kirchenregierung zur Erörterung übergeben. Ebenso wurde ein Antrag gutgeheißen, der die Frage regelt, wie die Mittel für den Ausbau des Jugend- und Wohlfahrtsdienstes aufgebracht werden sollen. Die Vorlage des Oberkirchenrates über den Stand des Kirchenvermögens und die Verwendung der wenigen Einnahmen wurde für unbeanstandet erklärt.

Die Synode trat darauf in die Beratung des Katechismusentwurfes ein, an die sich eine längere Diskussion knüpfte. Der Ausschuss empfahl den Entwurf mit den neuen Formulierungen zur Annahme. Bei der Abstimmung wurde der Ausschussantrag von der Mehrheit angenommen.

Auf der Tagesordnung der Nachmittags Sitzung stand die zweite Beratung des Beschlusses und Wahlen. Nach längerer Diskussion wurde das ganze Gesetz mit allen gegen 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Als ordentliches Mitglied wurde dann in die Kirchenregierung der Abg. Dittes und als Ersatzmänner die Abg. Hermann v. Söller und Camerer, als Ersatzmänner in den Deutschen Evangelischen Kirchenrat die Abg. Bender, Mannheim, und Schäfer gewählt. Zum Präsidenten der Synode wurde einstimmig Abg. Dr. Haas gewählt, der die Wahl dankend annahm. Zum Schluss gab Kirchenpräsident Dr. Würth einen Rückblick auf die große Arbeit und schloß unter dem Hinweis auf die kommenden christlichen Feste die Tagung. An die Tagung schloß sich ein Schlußgottesdienst, den Professor Frommel hielt.

## Berein südwestdeutscher Zeitungsverleger

Die südwestdeutsche Zeitungsverleger-Gesellschaft hielt am 6. Mai ihre 22. ordentliche Mitglieder-Jahresversammlung in Eberbach a. N. unter Leitung des 1. Vorsitzenden, Verleger Käßlin, Baden-Baden, ab. Der Vorsitzende konnte neben den sehr zahlreich erschienenen Mitgliedern aus Baden und der Pfalz als Gäste Bürgermeister Dr. Frank für die Stadt, Ingenieur Neuner, für den Fremdenverkehrsverein Eberbach, sowie vom Verein Württembergischer Zeitungsverleger Verleger Krämer, Heilbronn, Direktor Hülle und Dr. Köffel, Stuttgart, begrüßen.

Die Berichterstattungen der Vereinsleitung über die Tätigkeit des verfloffenen Vereinsjahres, der Rechenschaftsbericht, der Bericht über die Tätigkeit des Ehrenrats, der Kassensbericht, der Bericht über die Sterbefälle und Sterbefallsonderlinge, fanden die einhellige Zustimmung der Versammlung und ließen erkennen, daß trotz mancher Hemmnungen, die in der Zeit wirtschaftlicher Nöte und Sorgen unausbleiblich sind, der Verein auch im Berichtsjahr seinen Aufgaben im weitesten Maße nachzukommen bestrebt war, und somit in seinem Ziel vorwärts kam. Die weiteren geschäftlichen Punkte wie Vorschlag, Mitgliederbeiträge, Wahl der Rechnungsprüfer, fanden den Anträgen des Vorstandes und des geschäftsführenden Ausschusses entsprechend, Annahme. Als Ort der nächstjährigen Mitgliederversammlung wurde Bademweiler bestimmt.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung betrafen interne Angelegenheiten, so insbesondere das Obligatorium zum Hauptverein, die Kollektivausstellung des Kreisvereins auf der Pfalz und deren Finanzierung, und endlich Anregungen und Ausreden über geschäftliche Angelegenheiten in Anzeigen- und Reklamewesen, sowie in der Frage der Propagandaarbeit. In den Sitzungen der Bezirksarbeitsgemeinschaften Baden und Pfalz sind in gegenseitiger offener Aussprache die jeweils zur Verhandlung gestandenen Fragen in durchaus befriedigender Weise zur Erledigung gekommen, so daß die durch das Vertragsabkommen vom 9. Januar 1926 zwischen dem Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe und dem Reichsverband der Deutschen Presse geschaffene Einrichtung — Bezirksarbeitsgemeinschaften und Schiedsgericht — sich bewährt haben.

Vor und nach den geschäftlichen Verhandlungen fanden die üblichen geselligen Veranstaltungen statt, die allgemein begrüßten, und womit sich die Eberbacher Kollegen den Dank des Vereins und der Teilnehmer verdienen haben. Abschließend fand am Montag, den 7. Mai, eine sehr wohl gelungene Autofahrt nach Bademweiler (Schloß und Park), Amorbach und Erbach (Hessen) statt.

## Aus der Landeshauptstadt

Colosseum Karlsruhe. Ist auch die Idee der neuen Nebue, die unter der Überschrift „Große Kleinigkeiten“ für die zweite Maihälfte im Colosseum abläuft, an sich subtil und zusammenhanglos, so lodern doch einzelne Bilder das Ganze zu einem raschen Sichfinden auf und stellen vor glücklich betroffene Augen und Ohren einige entzückende und wahrheitlich sehr lohnspiegelnde Meisterwerke. Die geheimnisvoll leuchtenden Blumen, dann die mit viel Hinterlist des Fleisches umhüllten „Frauen und Spiken“ und ebenso die gefällig gefügte Gruppe „Sterne“ sind Hauptattraktionen, wie der zuweilen wild ausbrechende Beifall bewies. Denbar empfindet man dabei und auch in weiteren Ausstattungstücken, daß unter den Kostümen wirklich hübsche Mädchenkörper stecken, die aber nicht bloß als Trachtenpräsentantinnen figurieren, sondern zugleich in grandiosem Tanzschritt sich bewegen können. Sehr gepflegt und genießerisch gesellen sich zu diesen Darbietungen der „Güte-Girls“ die Solovorführungen des mondänen Tanzpaars Kitty und Eric, daneben erfrischte Sigris Wilfried ebenfalls durch sehr feine Auszubehaltung ihrer Reine. Von den übrigen unterstreichen die — draußen in der Natur leider noch immer vermehrte — Maisonnenfreude des Abends am besten Fritz Tschauer, der für braven, mitunter wohl auch etwas fauchaden Humor sorgt, und Lucia Bernards, deren Erdfemen allein schon und spontan erlösend aufs Zwischelfeld und auf die Hergegend wirkt. Man kann also der Gastfreundschaft Fred Richters kaum absprechen, daß sie für blutwarme Spielreueigkeit und hingebende Spieleinigkeit in den anhaltend dreißig Stunden des Programms reichlich gesorgt hat. Überraschung bietet noch die sehr lebendige und schwingvolle Orchesterführung Prof. Theodor Fallos, wenn er auch an dem wiederholten Herausklaffen der einzelnen Musiker nicht unmittelbar beteiligt ist und das musikalische Gewicht mit den verfügbaren Kräften nirgends ausschlaggebend in die Waagschale zu werfen vermag.

Badisches Landestheater. Infolge mehrfacher Erkrankungen im Personal muß die für den heutigen Freitag angelegte Vorstellung „Der Rosenkavalier“ ausfallen. An deren Stelle tritt die vierte Wiederholung von „Regina del Lago“, ein traumhaftes Spiel von Julius Weismann. Anfang 19¼ Uhr.

Wetternachrichtendienst der Landeswetterwarte Karlsruhe. Über dem Kanal hat sich ein neuer Wirbel entwickelt. Da wir augenblicklich noch auf seiner Vorderseite liegen, ist heute bei uns kurze Aufheiterung eingetreten. Der Wirbel bewegt sich ostwärts, so daß mit weiteren Regenfällen zu rechnen ist. Wetterausichten für Samstag: Zunächst noch Fortdauern des unbeständigen und kühlen Witterungscharakters; zeitweise Regenschauer bei böigen Westwinden.

## Kurze Nachrichten aus Baden

1. Mannheim, 18. Mai. Der Badische Volkverein New York, der am Himmelfahrtstag von Ridesheim aus in Mannheim eintraf, wird am Freitag vormittag Stadt und Hafenanlage besichtigen, am Nachmittag einen Rundgang durch das Schloß machen und am Samstag eine Fahrt nach Heidelberg und Schwetzingen unternehmen.

2. Bruchsal, 18. Mai. Im Alter von 64 Jahren ist Postdirektor Hermann Brehm nach längerem Leiden gestorben. Der Entschlafene kam am 1. April 1925 von Ettlingen an das hiesige Postamt und erfreute sich als Beamter wie als Mensch hoher Wertschätzung.

3. Freiburg i. Br., 18. Mai. Nachdem das badische Ministerium den von der Freiburger Studentenschaft aufgestellten Haushaltsplan mit dem Verlangen zurückgegeben hatte, daß der für die Deutsche Studentenschaft eingesezte Beitrag von 1 M pro Kopf der Hörer gestrichen werden müsse, sah sich der Akt der Freiburger Universität gezwungen, darüber zu entscheiden, ob sie der Forderung des Ministeriums Rechnung tragen wolle oder nicht. Er entschied sich, dem Verlangen des Ministeriums Folge zu geben, also in den Haushaltsplan nur 2 statt 3 M bisher unter Fortfall des Beitrages an die „Deutsche Studentenschaft“ aufzufüllen. Die studentische Selbstverwaltung ist also in Freiburg erhalten geblieben, dafür hat man aber die Verbindung mit der „Deutschen Studentenschaft“ aufgegeben.

4. Triberg, 17. Mai. Heute nacht 1 Uhr entstand im Fabrikgebäude des Uhrenfabrikanten Gerland in der Rusbacher Straße ein Großfeuer, das das ganze Gebäude nebst Inventar einschloß. Über die Ursache verriet noch nichts Befund; es wird vermutet, daß Selbstentzündung von Holzstaub vorliegt. Über die Höhe des Schadens, der durch Versicherung gedeckt sein dürfte, liegen bestimmte Anhaltspunkte noch nicht vor. Jedenfalls ist er angesichts des jungen Alters der Fabrik und ihrer maschinellen Einrichtung nicht gering.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	18. Mai		16. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.36	168.70	168.45	168.79
Kopenhagen 100 Kr.	112.03	112.25	112.00	112.22
Italien 100 L.	21.995	22.035	21.99	22.03
London 1 Pfund	20.378	20.418	20.379	20.419
New York 1 D.	4.1875	4.1835	4.1740	4.1820
Paris 100 Fr.	16.43	16.47	16.43	16.47
Schweiz 100 Fr.	80.465	80.625	80.46	80.62
Wien 100 Schilling	58.72	58.84	58.72	58.84
Prag 100 Kr.	12.374	12.394	12.371	12.391

Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 16. Mai beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh, 10¼ d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7875 pence.

## Verschiedenes

### Temperatursturz in Frankreich

Paris, 18. Mai. (Tel.) Winterliches Wetter verbunden mit Regen- und Hagelschauern, hat sich gestern an verschiedenen Stellen Frankreichs bemerkbar gemacht, in der Gegend von Tours und an der Marne. In den französischen Alpen ist in der Gegend von Annecy Schnee gefallen.

### Die „Bremen“-Flieger in Detroit

Die von Indianapolis abgeflogenen „Bremen“-Flieger sind am Donnerstag auf dem Ford-Flugfeld in Detroit gelandet. Auf dem Flugfeld hatte sich eine ungeheure Menschenmenge eingefunden. Die Kungebungen setzten sich fort während der Fahrt zur City Hall, wo ein offizieller Empfang durch den Bürgermeister Lodge stattfand. Nach einer Parade fuhr die „Bremen“-Flieger zum Olympiasportverein, wo sie von Tausenden von Schulkindern begeistert begrüßt wurden.

Detroit, 18. Mai. (Tel.) Das Junkersflugzeug, mit dem die „Bremen“-Flieger bisher durch die Vereinigten Staaten gereist sind, wurde bei seiner Landung auf dem hiesigen Flugplatz so stark beschädigt, daß es hier zurückgelassen werden mußte. Die Besatzung, die ursprünglich bis Sonntag hier bleiben wollte, begibt sich bereits heute nachmittag mit der Eisenbahn nach Boston.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

In die Genossenschaftsversammlung der Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wurden im Kreis Waldshut gewählt:

- Als Vertreter der Unternehmer:  
1. Landwirt und Kreisrat Adolf Maurer in Linfenbodenhof,  
2. Förster und Landwirt Gustav Huber, Kreisabgeordneter in Hornberg (Amt Säckingen).

- Als Stellvertreter:  
3. Landwirt und Kreisabgeordneter Anton Hilbert in Untereggigen,  
4. Landwirt und Kaufmann Karl Friedrich, Kreisabgeordneter in Dillendorf,  
5. Landwirt Balthasar Wägle in Jungholz (Amt Säckingen),  
6. Landwirt und Altbürgermeister Dominikus Bachmann in Rheinheim.

Waldshut, den 16. Mai 1928.  
Der Kreisvorsitzende als Wahlleiter:  
Siebert

### Geschäftliches

Für Schwerhörige findet am Samstag, den 19. Mai, von 6 bis 6 Uhr im Hotel Luz in Karlsruhe eine unverbindliche Vorführung der neuesten Hörapparate statt.

Versäumen Sie nicht

**KNOPF**<sup>s</sup>

außerordentlich günstige

**PFINGSTANGEBOTE**

zu nutzen!

H 606

**Badische Lichtspiele**

**KONZERTHAUS**

Heute nachm. 16 Uhr  
Auf vielseitigen Wunsch einmal. Wiederholung  
des HENNY PORTEN-FILMS

**„Mutter und Kind“**

Freitag, den 18. bis Mittwoch, 23. Mai, jeweils 20.15 Uhr;  
Samstag, 19. u. Mittwoch, 23. auch 16 Uhr; Sonntag, 20. nur 16 Uhr.

**Erstaufführung:**

**Segelfahrt ins Wunderland**

Die Reise des Kapitanleutnants a. D. Günther Plüschow, des  
„Fliegers von Tsingtau“, mit der Viermasterbark „Parma“ ums  
Kap Horn und nach der südamerikanischen Westküste.

**Das Schaufenster der deutschen Industrie**

**Musikbegleitung!**

Preise und Ermäßigungen wie üblich. Vorverkauf: Musikhaus  
Fritz Müller, Kaiserstraße und Büro Beiertheimer Allee 10.

**Neues Blut  
Neues Leben!**

Machen Sie eine Blut-  
reinigungskur m. Chemiker  
Sybels Hefekur. Preis nur  
2 RM. Verlangen Sie die  
kostenlose Broschüre „Ein  
Weg zur Gesundheit.“

**Drogerie Tscherning,**  
Ecke Karl- und Amalienstr.

**Engel-Drogerie,**  
Werderplatz 44.  
**Drogerie Vetter, Zirkel 15.**

**Beer**

gesucht zum Verkauf von  
Zigarren an Wirte und  
Private. S. 609

**S. Jürgensen & Co.,**  
Hamburg 22.

**Detektiv**-Institut  
u. Privat-  
Auskunftel

**Argus** „Mannheim“  
O 6, 6  
Planken  
Schwanthal 33303  
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Büchl. 9.138  
Güterrechtsregister Bd. I,  
S. 32. **Braun, Josef, Eig.-**  
Fabrikant im Wudlerthal und  
Karoline geb. Steurer, Gü-  
tertrennung gemäß § 1545  
BGB. infolge Beendigung  
bisheriger Erbschafts-  
gemeinschaft nach § 1543  
BGB.  
Bad. Amtsgericht Büchl.

**Duftige Sommerkleider**  
so zart und farbenreich wie die  
Natur im Wonnemond Mai

finden Sie bei uns in einer Auswahl und zu Preisen, die Sie in Erstaunen setzen müssen.  
Auch unsere Abteilung Herren- und Kinderkonfektion, Wäsche aller Art,  
Gardinen, Teppiche usw., ist reichhaltig sortiert.

**Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.**  
Kronenstraße 40 KARLSRUHE Ecke Markgrafenstr.

**Schenkt Bücher zu jedem Fest!**

**Die 7 Ziele des Wahlkampfes  
für den 20. Mai**

1. Räumung des Rheinlandes, Fortsetzung der Verständigungspolitik, sowie Schutz der deutschen Minderheiten im Auslande;
2. Festigung der Republik gegen Diktaturgedanken jeder Art;
3. Herbeiführung des Einheitsstaates mit weitgehender Selbstverwaltung und mit durchgreifender Finanzreform;
4. Erlämpfung der Gemeinschaftsschule für das ganze Reich;
5. Wirtschafts-, Handelsvertrags- und Agrarpolitik, die nicht Liebesgaben-, sondern Grundjag-politik ist;
6. Rechtlich verbrieftete Rentnerversorgung;
7. Reform der Wahlgesetzgebung.

**Auf allen diesen Gebieten hat die Reichsregierung versagt**

Für alle diese Ziele kämpft seit 10 Jahren die

**Deutsche Demokratische Partei**

**Wählt Liste 6**

**Wählt Liste 6**

**Dietrich - Burckhardt**

Druck G. Braun, Karlsruhe